



HESSISCHER LANDTAG

05. 01. 2022

Kleine Anfrage

Christoph Degen (SPD) vom 25.11.2021

Geplante Maßnahmen zur Stärkung schulischer politischer Bildung

Antwort

Kultusminister

Vorbemerkung Fragesteller:

Gemäß Koalitionsvertrag der regierungstragenden Parteien soll künftig ein durchgängiger Politikunterricht an allen weiterführenden Schulen in Hessen sicherstellt werden. Zudem trete man für eine Stärkung des Fachs „Politik und Wirtschaft“ ein. Ebenso wie das Fach Geschichte solle dieses Fach nicht abwählbar sein. Der Kultusminister gab in der Antwort auf die Kleine Anfrage vor zwei Jahren an, die Planung zur Sicherstellung einer Ausweitung des Politikunterrichts weiterführen, die Schulen zu einem Ort der Mitbestimmung machen zu wollen und im Rahmen der Wertevermittlung das Grundgesetz stärker in den Fokus nehmen zu wollen. (Drucks. 20/942)

Vorbemerkung Kultusminister:

Politische Bildung und Wertevermittlung sind nach §§ 2 und 3 des Hessischen Schulgesetzes (HSchG) eine fachübergreifende, gesamt schulische Aufgabe. Der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule umfasst damit auch die Aufgabe, Schülerinnen und Schüler zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern heranzubilden, die sich mit den Grundwerten der Demokratie identifizieren und darüber hinaus fähig und gewillt sind, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und sich für die Demokratie zu engagieren.

In den einzelnen Unterrichtsfächern ist die Wertevermittlung insbesondere an die Fächer des gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfelds gebunden. Sie findet jedoch auch in anderen Fächern statt, etwa über Literatur in Deutsch und Sprachen, in den Naturwissenschaften beispielsweise in Biologie im Hinblick auf einen respektvollen Umgang mit allen Lebewesen, den Erhalt der eigenen Gesundheit und den verantwortlichen Umgang mit der Umwelt oder in Sport über das Sozialverhalten.

Im Kontext der überfachlichen Wertevermittlung ist daher auf die Festschreibung von überfachlichen Kompetenzen in allen Kerncurricula für die Primarstufe, der Sekundarstufe I und Sekundarstufe II zu verweisen. Im Entwicklungsprozess der Lernenden kommt dem Aufbau überfachlicher Kompetenzen eine besondere Bedeutung zu. Dabei geht es um ein Zusammenwirken von Fähigkeiten und Fertigkeiten, personalen und sozialen Dispositionen sowie Einstellungen und Haltungen.

Obwohl die politische Bildung grundsätzlich eine fächerübergreifende Aufgabe darstellt, fördert insbesondere das Fach Politik und Wirtschaft jene Fähigkeiten, Fertigkeiten und Bereitschaft, die es den Lernenden ermöglichen, als mündige Personen, das heißt eigenständig und verantwortungsvoll, an der demokratischen Öffentlichkeit teilzunehmen und sich an der Diskussion und Lösung grundlegender Fragen und Probleme aus Politik, Gesellschaft, Recht und Wirtschaft zu beteiligen. So sieht das Inhaltsfeld „Demokratie“ im Kerncurriculum Politik und Wirtschaft für die Sekundarstufe I vor, dass Aspekte der Rechtsstaatlichkeit, insbesondere der Grundrechte, der Gewaltenteilung, der Volkssouveränität, des Pluralismus und der Parteiendemokratie sowie Elemente gesellschaftspolitischer Partizipation zu behandeln sind. Im Kerncurriculum Politik und Wirtschaft für die gymnasiale Oberstufe wird ausgeführt, dass der Unterricht in diesem Fach an dem Ziel ausgerichtet ist, Lernende als mündige und verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger und zugleich tragende Akteurinnen und Akteure politischer und wirtschaftlicher Handlungen und Prozesse zu befähigen, die gegenwärtige Politik, Wirtschaft und Gesellschaft angemessen wahrzunehmen und sich in diesen Domänen zu orientieren. Die Schülerinnen und Schüler sollen lernen, individuelle Handlungen in die Zusammenhänge gesellschaftlicher Strukturen sowie Macht- und Herrschaftsverhältnisse einzuordnen und damit die eigenen politischen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen zu verstehen, aktiv und verantwortungsvoll an den gesellschaftlichen Selbstverständigungsdiskursen sowie Entscheidungsprozessen teilzunehmen und die Gesellschaft

bewusst aufgrund der eigenen Interessenlage im Rahmen des Verfassungskerns des Grundgesetzes demokratisch mit zu entwickeln.

Entsprechendes gilt für den Unterricht an beruflichen Schulen. So heißt es im derzeit veröffentlichten Entwurf des neuen Kerncurriculums für die Fachoberschule (KCFOS) für das Fach Politik und Wirtschaft: „Der Unterricht im Fach Politik und Wirtschaft ist an dem Ziel ausgerichtet, Lernende als zukünftige mündige, d. h. autonom denkende und gesellschaftlich verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger und zugleich tragende Akteure politischer und wirtschaftlicher Handlungen und Prozesse dazu zu befähigen, Demokratie, demokratische Werte unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung (Menschenwürde, Demokratieprinzip, Rechtsstaatlichkeit) zu verinnerlichen, politische Prozesse aktiv zu gestalten und Entscheidungen vor dem Hintergrund unserer Werteordnung kritisch beurteilen sowie nachvollziehen zu können, aktiv und verantwortungsvoll an den gesellschaftlichen Diskursen sowie Entscheidungsprozessen teilzunehmen (politisches Engagement), Gesellschaft bewusst aufgrund der eigenen Interessenlage im Rahmen des Verfassungskerns des Grundgesetzes demokratisch mit zu entwickeln („Demokratie lernen“).“

Sowohl in der politischen Bildung und Demokratieverziehung als auch in der Wertevermittlung gibt es eine Reihe von unterstützenden Maßnahmen für Lehrkräfte. Beispielhaft können die vom Hessischen Kultusministerium herausgegebene Handreichung „Grundrechtsklarheit, Wertevermittlung, Demokratieverziehung“ sowie das Beratungs- und Fortbildungsangebot des Projekts „Gewaltprävention und Demokratielernen“ des Hessischen Kultusministeriums genannt werden. Die Hessische Landesregierung beabsichtigt darüber hinaus eine Ausweitung der politischen Bildung. Unter anderem soll hierfür der Politikunterricht an allen weiterführenden Schulen gestärkt werden, so dass die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit erhalten, mit politischen Inhalten durchgängig im Unterricht in Berührung zu kommen.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Sind die Planungen zur Ausweitung des Politikunterrichts abgeschlossen?

Die Planungen zur Stärkung des Fachs Politik und Wirtschaft befinden sich in der abschließenden Phase.

Frage 2. Wie viele Schülerinnen und Schüler der Oberstufe besuchen zur jüngsten Herbststatistik jeweils die Fächer „Politik und Wirtschaft“, „Geschichte“, „Wirtschaftswissenschaften“ und „Erdkunde“? (Darstellung nach Einführungsphase und Q-Phasen)

Auf Anlage 1 wird verwiesen.

Frage 3. In welchem Umfang wurde im Schuljahr 2020/2021 Politikunterricht in den entsprechenden Fächern und Jahrgangsstufen fachfremd unterrichtet? (Angabe prozentual nach Schulamtsbezirken)

Das Fach Politik und Wirtschaft ist gemeinsam mit den Fächern Erdkunde und Geschichte dem gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld zuzuordnen. Aus diesem Grund ist der fachfremde Einsatz einer Geschichts- oder Erdkundelehrkraft im Fach Politik und Wirtschaft aufgrund der inhaltlichen Nähe der Fächer in verschiedenen Schulformen auch möglich und wird pädagogisch gemäß den spezifischen Bedingungen vor Ort sachgerecht so umgesetzt. Beispielsweise unterrichten Lehrkräfte im Rahmen des „Klassenlehrkraft-Prinzips“ in einer Klasse das Fach Politik und Wirtschaft, aber auch andere Fächer – gemäß ihrer Lehrbefähigung. Unter anderem an integrierten Gesamtschulen und Mittelstufenschulen ist zudem der Lernbereich Gesellschaftslehre, der unter anderem Geschichte, Politik und Wirtschaft sowie Erdkunde beinhaltet, eingerichtet, bei dem das zuvor genannte Klassenlehrerprinzip überwiegend umgesetzt wird. Diese Lehrkräfte gelten jedoch bei einer Auswertung, welche Lehrkräfte das Fach Politik und Wirtschaft unterrichten, als „fachfremd“.

An vielen Schulen wird es zudem als wichtig erachtet, dass die Klassenlehrkraft das Betriebspraktikum in der Jahrgangsstufe 8 oder 9 betreut, das insbesondere an das Fach Politik und Wirtschaft angebunden ist. Auch hier kann sich die Schule für einen fachfremden Einsatz entscheiden, wenn die Klassenlehrerin oder der Klassenlehrer grundsätzlich die Fakultas für ein verwandtes Fach innehat, um eine sinnvolle Verzahnung der unterrichtlichen Vor- und Nachbereitung sowie der Betreuung der Schülerinnen und Schüler während des Betriebspraktikums besser zu ermöglichen. Auf Anlage 2 wird verwiesen.

- Frage 4. Welche Auswirkung hätte ein durchgängiger Politikunterricht auf das Fach Erdkunde in der Oberstufe?
- Frage 5. Wie steht die Landesregierung zu dem Vorschlag, anstelle einer Verpflichtung zur Teilnahme am Fach „Politik und Wirtschaft“ in der Q-Phase eine Wahlpflicht zwischen „Erdkunde“ und „Politik und Wirtschaft“ einzuführen?

Die Fragen 4 und 5 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Derzeit besteht für das Fach Politik und Wirtschaft eine Belegverpflichtung für das erste Jahr der Qualifikationsphase (Q1 und Q2). Wenn die Belegverpflichtung auf das zweite Jahr der Qualifikationsphase (Q3 und Q4) ausgeweitet wird, erhöht sich die Belegverpflichtung für die Schülerinnen und Schüler insgesamt. Erdkunde hingegen ist in der gymnasialen Oberstufe bisher ab der Einführungsphase ein freiwilliges Angebot. Gleichwohl hat die Hessische Landesregierung kein Interesse an einer möglichen Schwächung des Unterrichtsfachs Erdkunde und steht daher im Austausch mit Akteurinnen und Akteuren, die sich für das Fach Erdkunde einsetzen, um eine allseits tragfähige Lösung zu finden.

- Frage 6. Inwiefern wurde der Dialog der hessischen Schulen mit der Landesschülervertretung und dem Landeselternbeirat zur politischen Partizipation ausgebaut?

Für die weitere Befähigung der Eltern zur Mitbestimmung an den Schulen kann beispielhaft auf das Programm Elan verwiesen werden. Elan ist ein Programm von Eltern für Eltern, das durch das Hessische Kultusministerium finanziert und unterstützt sowie durch qualifiziert ausgebildete Eltern gestaltet und umgesetzt wird. Ziel und Zweck des Programms ist es, Eltern durch Seminare in ihren Elternmitwirkungsrechten zu unterstützen. Das können unter anderem praktische Seminare sein, wie beispielsweise zur Gestaltung eines Elternabends oder zum Umgang mit Konflikten. Es sind aber auch Seminare zu Aufgaben und Pflichten von Eltern, wie zum Beispiel „Was sind meine Aufgaben als Klassen- oder Schulelternbeirat?“ oder „Wie funktioniert die Schulkonferenz?“. Auch gemeinsame Erziehungsvereinbarungen zwischen Schule und Eltern sind Gegenstand der Schulungen. Das Hessische Kultusministerium steht darüber hinaus in kontinuierlichem Kontakt mit dem Landeselternbeirat und der Landesschülervertretung. Insbesondere im Kontext der beabsichtigten unterrichtlichen Stärkung des Fachs Politik und Wirtschaft wird eine entsprechende Einbindung beider Gremien im Rahmen der Beratungs- und Beteiligungsverfahren nach §§ 118 und 124 HSchG erfolgen.

Die Landesschülervertretung und der Landeselternbeirat von Hessen haben zudem die Vernetzung mit den Schüler- und Elternbeiräten auf Stadt-, Kreis und Schulebene weiter ausgebaut. Dies ist insbesondere durch die Nutzung digitaler Kommunikation möglich. Beide Gremien beraten und unterstützen die Räte auf der kommunalen und lokalen Ebene bei ihrer Arbeit und tragen die Belange der Schulgemeinden direkt an das Hessische Kultusministerium weiter. Dazu hat der Landeselternbeirat wöchentliche Gespräche mit den Stadt- und Kreiselternbeiräten eingeführt.

Auch der Austausch zwischen beiden Landesgremien und dem Hessischen Kultusministerium wurde deutlich intensiviert, zum Beispiel durch die Arbeit in den Konzeptgruppen. Als Beispiele für die Stärkung der Schulen als Orte der Mitbestimmung kann das Plakat zu den Schülerrechten genannt werden, das der Landesschülerrat in diesem Sommer an jede Klasse übersandt hat. Weiterhin können der digitale Hessische Schülerkongress und eine zum Stichtag 20. Dezember 2021 laufende Schülerbefragung, an der schon jetzt 10.000 Schülerinnen und Schüler teilgenommen haben, genannt werden.

- Frage 7. Wie wurde seit Beantwortung der Drucksache 20/942 im Rahmen einer nachhaltigen Wertevermittlung das Grundgesetz stärker in den Fokus des Unterrichtsfachs „Politik und Wirtschaft“ gesetzt?

Aufgrund der großen Nachfrage und des starken Interesses ist im Januar 2021 die dritte aktualisierte Auflage der Handreichung „Grundrechtsklarheit, Wertevermittlung, Demokratieerziehung“ erschienen, die an alle Schulen in Hessen versandt wurde. Die Broschüre steht auch in einer digitalen Version zur Verfügung. Mit der Handreichung unterstützt das Hessische Kultusministerium Lehrkräfte an hessischen Schulen bei der Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsauftrags im Bereich der Demokratiebildung. Dabei steht auch die unterrichtspraktische Relevanz des Beutelsbacher Konsenses im Zentrum der Handreichung. Diese bietet Lehrkräften gleichzeitig eine auf den Grundwerten unseres Grundgesetzes basierende Orientierung im Umgang mit Extremismus und Konfliktsituationen. Darüber hinaus ist auf Grundlage der Handreichung im Herbst 2022, sofern die Corona-Situation dies zulässt, eine größere Veranstaltung mit unterrichtsbezogenen Themenforen für Lehrkräfte geplant, um diese und angehende Lehrkräfte im Unterrichtsfach „Politik und Wirtschaft“, aber auch darüber hinaus, noch gezielter bei einer nachhaltigen Wertevermittlung im Sinne des Grundgesetzes zu unterstützen.

Frage 8. Wurde der Besuch europäischer Institutionen mittlerweile als fester Bestandteil in die hessischen Curricula aufgenommen?

Es entspricht nicht der Zielsetzung der hessischen Curricula, konkrete Exkursions- und Besuchsziele zu nennen. Die Bildungsstandards sind weitgehend inhaltsunabhängig formuliert. Den Bildungsstandards werden in der Sekundarstufe I jedem Fach Inhaltsfelder mit ergänzenden inhaltlichen Festlegungen beigelegt, in denen wesentliche inhaltliche Zusammenhänge dargestellt sind, die sich an den grundlegenden inhaltlichen Konzepten des jeweiligen Faches ausrichten. Die weitere Konkretisierung wird dabei den einzelnen Schulen – im Zuge einer stärkeren schulischen Selbstständigkeit – übertragen. Den Schulen fällt damit die Aufgabe zu, Schulcurricula mit konkreten jahrgangsbezogenen Zuordnungen zu entwickeln. In diesem Zusammenhang ist es in den Schulen vor Ort möglich, den Besuch europäischer Institutionen als festen Bestandteil ihrer Schulcurricula zu beschließen.

Das Hessische Kultusministerium wirbt bei verschiedenen Veranstaltungen aktiv in den Schulen für den Besuch europäischer Institutionen und unterstützt hessische Schulen gemeinsam mit der Servicestelle Internationale Begegnungen (SIB) am Staatlichen Schulamt für den Landkreis Groß-Gerau und den Main-Taunus-Kreis in Form einer umfassenden Beratung, auch was die Fördermöglichkeiten entsprechender Besuche, insbesondere im Rahmen internationaler Austausch- und Begegnungsfahrten (IABF), anbelangt. Dabei wird stets auch dafür geworben, den Besuch europäischer Institutionen in die jeweiligen Schulcurricula aufzunehmen.

Frage 9. Wie wurde das von der Landesregierung geplante Kennenlernen kommunaler Parlamente im schulischen beziehungsweise außerschulischen Kontext gefördert?

Nach dem Kerncurriculum für die Sekundarstufe I des Fachs Politik und Wirtschaft umfasst eine politische, gesellschaftliche und ökonomische Handlungskompetenz die Fähigkeiten, am demokratischen Meinungsbildungsprozess teilzuhaben und die Chancen zur Einflussnahme auf den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozess einzuschätzen.

Die politische und gesellschaftliche Teilhabe bezieht sich auf den lebensweltlichen Kontext, informelle politische Bereiche und auch auf politische Institutionen. Als Kompetenzerwartung ist im Kerncurriculum für die Sekundarstufe I für das Fach Politik und Wirtschaft unter anderem formuliert, dass die Schülerinnen und Schüler demokratische Beteiligungsmöglichkeiten im politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben reflektiert nutzen und sich im Sinne der aktiven Bürgerrolle am schulöffentlichen Prozess der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung unter Wahrung demokratischer Grundprinzipien mit der notwendigen Konflikt- und Kompromissbereitschaft selbstständig beteiligen können sollen.

Ausgehend von diesen Vorgaben und anknüpfend an die Lebenswirklichkeit der Schülerinnen und Schüler gehört das Kennenlernen kommunaler Parlamente im schulischen und außerschulischen Kontext bereits zur Unterrichtspraxis an vielen Schulen und bildet daher einen Baustein von schulinternen Curricula für das Fach Politik und Wirtschaft. Das Hessische Kultusministerium begrüßt dies ausdrücklich und empfiehlt im Rahmen entsprechender Veranstaltungen für die Schulen das Kennenlernen kommunaler Parlamente im schulischen und außerschulischen Kontext.

Wiesbaden, 30. Dezember 2021

Prof. Dr. R. Alexander Lorz

Anlagen

Anzahl der Schülerinnen und Schüler in der gymnasialen Oberstufe an öffentlichen Schulen, die im ersten Halbjahr des Schuljahres 2020/2021 die aufgeführten Fächer besucht haben:

Fach	Phase		
	E1	Q1	Q3
Erdkunde	4.761	1.768	887
Geschichte	25.650	21.738	17.729
Politik und Wirtschaft	25.341	21.356	10.482
Wirtschaftswissenschaften	549	401	362

Anteil des Fachs "Politik und Wirtschaft", der im Schuljahr 2020/2021 an öffentlichen Schulen fachfremd unterrichtet¹ wurde	
Staatliches Schulamt	Anteil
	fachfremd in Prozent
für den Hochtaunuskreis und den Wetteraukreis	13
für den Lahn-Dill-Kreis und den Landkreis Limburg-Weilburg	28,8
für den Landkreis Bergstraße und den Odenwaldkreis	16,7
für den Landkreis Darmstadt-Dieburg und die Stadt Darmstadt	20,1
für den Landkreis Fulda	25,1
für den Landkreis Gießen und den Vogelsbergkreis	24,8
für den Landkreis Groß-Gerau und den Main-Taunus-Kreis	18
für den Landkreis Hersfeld-Rotenburg und den Werra-Meißner-Kreis	24,9
für den Landkreis Kassel und die Stadt Kassel	26,4
für den Landkreis Marburg-Biedenkopf	25,5
für den Landkreis Offenbach und die Stadt Offenbach am Main	14,4
für den Main-Kinzig-Kreis	19,8
für den Rheingau-Taunus-Kreis und die Landeshauptstadt Wiesbaden	19,8
für den Schwalm-Eder-Kreis und den Landkreis Waldeck-Frankenberg	33,9
für die Stadt Frankfurt am Main	18,6

¹ in allgemeinen Schulformen der Sekundarstufe I sowie in der gymnasialen Oberstufe, inkl. berufliches Gymnasium als auch Schulen für Erwachsene; dabei wurden Pflicht-, Grund-, Leistungskurse und Wahlpflichtunterrichte berücksichtigt